

Beschlussbuch der Juso-Bezirkskonferenz 2015

14. März 2015, Aschaffenburg

Inhalt:

Arbeitsprogramm	01
Freihandel unter Bedingungen	03
Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit - Nein zu Pegida, AfD und Co.	04
Für ein Umdenken in der Ernährungspolitik	06
Mehr Transparenz des Vorstandes	09
Ehrenmitgliedschaft für Stephan Rolli	10
Merchandise für den ländlichen Raum	11
BürgerInnenversicherung - für ein gerechtes, solidarisches Krankenversicherungssystem	12
Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik	14
Freie Fahrt für junge Menschen	17
Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!	18
Initiativantrag: Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse	19

Arbeitsprogramm

Fit für 2016 - das Arbeitsprogramm der Jusos Unterfranken im Jahr 2015

▪ Professionalisierung des Bezirksvorstandes

Die Arbeitsweise des Bezirksvorstandes muss professionalisiert werden. Dafür werden Verantwortlichkeiten im Bezirksvorstand klar verteilt und die Sitzungstermine langfristig verbindlich vereinbart. Auf den Sitzungen des Bezirksvorstandes muss auf Satzungsfragen wie eine exakte Protokollführung und die Einhaltung einer quotierten Redeliste wieder mehr Wert gelegt werden. Die Kommunikationsstrukturen des Bezirksvorstandes müssen formalisiert und überarbeitet werden.

Um den Bezirksvorstand als organisatorisches Gremium nutzen zu können, ist die Teilnahme von legitimierten VertreterInnen der Unterbezirke, der Hochschulgruppen, der Schülerinnen- und Auszubildendengruppe und der Mitglieder des Juso-Landesvorstandes an den Sitzungen des Bezirksvorstandes nötig. Insbesondere die Kommunikation zwischen den Unterbezirken und Kreisverbänden und dem Landesverband ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Diese Kommunikation zwischen den Basisgliederungen und dem Landesverband kann und sollte der Bezirksvorstand als zentrale Aufgabe wahrnehmen. Gerade zur Beteiligung an der Kampagne der Jusos Bayern und zur Einbindung der Basis ist es auch nötig, auf eine Verzahnung der VertreterInnen aller Ebenen wieder mehr Wert zu legen.

▪ Diskussionsprozess über die Rolle des Bezirks

Im Jahr 2015 soll der überfällige Diskussionsprozess über die Rolle des Bezirksverbandes in Gang kommen. Dafür soll es im dritten oder vierten Quartal 2015 eine Klausurtagung des erweiterten Bezirksvorstandes geben. Zum Jahreswechsel 2015/16 soll ein Strategiepapier vorliegen, das die Ausrichtung des Bezirks im Jahr 2016 genauer definiert. Gerade zur Mitwirkung an den anstehenden Wahlprogrammen ist es nötig, dass der Bezirk sowohl gegenüber den Unterbezirken und Kreisverbänden als auch im Landesverband eine klare Funktion erfüllt. Nur wenn der Bezirk eine klare Rolle hat, kann er eine funktionierende und legitimierte Plattform für die innerparteiliche Lobbyarbeit sein. Am Ende des Diskussionsprozesses kann auch der Entwurf einer Satzungsreform stehen.

▪ Wiederherstellung der inhaltlichen Arbeit

Im zweiten, dritten und vierten Quartal soll es je einen Thementag der Jusos Unterfranken geben. Dieses Veranstaltungsformat mit einer/m ReferentIn zu einem Thema soll nur einige Stunden dauern. Die Vorteile des Formats sind der überschaubare Organisationsaufwand und die geringen Hürden für eine Teilnahme. Für eine Entwicklung des Bezirks ist eine stärkere inhaltliche Debatte zwingend notwendig. Dies ist in den letzten Jahren nahezu zum Erliegen gekommen. Durch die Regelmäßigkeit der Thementage kann eine Etablierung des Formats erreicht werden, das sich so zum Identifikationsmerkmal des Bezirksverbandes entwickeln kann. Mittelfristig können durch das regelmäßige Angebot des Formats inhaltliche ExpertInnen im Bezirk entdeckt werden. Langfristiges Ziel muss sein, organisatorische und inhaltliche Kompetenzen aufzubauen, um ab 2016 wieder eigene, mehrtägige Seminare anbieten zu können.

Der Bezirksvorstand soll eigene, fundierte Anträge für Parteitage und Konferenzen entwickeln. Eine Debatte und Ausarbeitung soll nicht bei Einzelpersonen erfolgen, sondern in den Bezirksvorstandssitzungen, um neben der organisatorischen Tätigkeit den Bezirksvorstand auch wieder als inhaltliche Plattform zu revitalisieren.

▪ **Stärkung der Mitgliederentwicklung**

Im Bezirk Unterfranken haben nahezu alle Unterbezirke Potential zur Erhöhung der Mitgliederzahl und insbesondere zur Erhöhung der Aktivenquote. Die vom Bezirk angebotenen, niedrighschwelligigen Thementage können durch eine kluge Themensetzung zur Aktivierung von Jusos in den Unterbezirken dienen. Ziel des Bezirks muss es auch sein, die Teilnahme an Veranstaltungen des Landesverbandes zu erhöhen. Im Jahr 2016 wird der Bezirksverband an zwei Abgeordnetenfahrten nach Berlin mit jeweils 10 Personen teilnehmen.

AntragsstellerInnen: Jusos Schweinfurt/Kitzingen

AdressatInnen: Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion, SPE Fraktion

Freihandel unter Bedingungen

Forderung:

Wir fordern alle Entscheidungsträger von TTIP und CETA auf, einem Abkommen nicht zuzustimmen, wenn die Forderungen des Positionspapiers zwischen dem SPD Bundesvorstand und dem DGB nicht vollständig erfüllt sind.

Begründung:

Durch eine intransparenz und durch viele gegenteilige Äußerungen, ist der großteil der Bevölkerung verunsichert, in wie weit die Freihandelsabkommen eine wirkliche Verbesserung unserer Lebensstandards herstellen. Wir als Jusos sehen uns auch in der Pflicht, darauf hinzuwirken, dass ein Abkommen nur unter bestimmten Voraussetzungen abgeschlossen werden kann, die Schlupflöcher für Firmen, die unserer Gesellschaft schaden, verhindern. Intransparenz ist nur nötig, wenn man etwas zu verheimlichen hat und dies sorgt für viel Unmut.

AntragstellerInnen: Würzburg-Stadt

AdressatInnen: : Juso Bezirkskonferenz Unterfranken, Juso Landeskonferenz Bayern, Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Unterbezirk Wü-Stadt, SPD Bezirksparteitag Unterfranken SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag Deutschland

Kein Verständnis für Menschenfeindlichkeit – Nein zu PEGIDA, AfD und Co.

Seit einigen Wochen ziehen nun schon Demonstrationen unter dem Namen PEGIDA („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) durch einige Städte in Deutschland, demonstrieren gegen eine angebliche Überfremdung, insbesondere durch den Islam, und verbreiten menschenverachtende Parolen. In Bayern ist insbesondere Würzburg von den Aufmärschen betroffen. Dort demonstrieren Bürgerinnen und Bürger Seite an Seite mit bekannten RechtsextremistInnen und Neonazis, die auf den Kundgebungen gegen Menschen mit Migrationshintergrund und AsylbewerberInnen hetzen und zu Widerstand gegen „die Politik“ aufrufen.

Gleichzeitig zeigt der Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in drei Landesparlamente und das Europaparlament, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger von rechtspopulistischen Parolen einfangen lassen.

Widerstand ist daher aus unserer Sicht geboten! Wir stellen uns entschieden gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus und an die Seite von MuslimInnen, deren Religion durch die Demonstrationen unter Generalverdacht gestellt wird, und AsylbewerberInnen, deren Menschenrecht auf Asyl von diesen Menschen nicht anerkannt, sondern mit Füßen getreten wird. Wir stehen ein für eine pluralistische Gesellschaft, die allen Menschen ein gutes Leben bietet.

Konsequente Isolation von PEGIDA durch alle DemokratInnen

Es ist aus unserer Sicht unabdingbar, dass die PEGIDA-AnhängerInnen von allen demokratischen Parteien und PolitikerInnen konsequent politisch isoliert werden. Es darf kein Verständnis für menschenfeindliche Parolen und Überfremdungssemantiken geben! Die vermeintlichen Ängste der DemonstrantInnen ernst zu nehmen bedeutet sie zu legitimieren. Aus unserer Sicht müssen alle DemokratInnen klar machen: Wir stehen für eine offene Gesellschaft, Rechtspopulismus hat bei uns keinen Platz! Die Tatsache, dass in beinahe allen von PEGIDA betroffenen Städten, die GegendemonstrantInnen in der überwältigenden Überzahl sind, und das sogar in vielen Städten, in denen bisher keine rechtspopulistischen Bündnisse Erfolg verbuchen konnten, große Demonstrationen für Solidarität mit Flüchtlingen und eine offene Gesellschaft abgehalten wurden, zeigt für uns, dass PEGIDA und Konsorten eben nicht die „schweigende Mehrheit“ unseres Landes repräsentieren. Jetzt auf deren Forderungen einzugehen, über die Verschärfung des Asylrechts oder die vermeintliche „Überfremdung“ Deutschlands zu diskutieren, hieße aus unserer Sicht, dem Willen einer rückwärtsgewandten, fremdenfeindlichen Minderheit nachzugeben.

Klare Kante gegen rassistische Äußerungen aus etablierten Parteien

Auch unsere Koalitionspartner auf Bundesebene befeuern die Proteste von PEGIDA. Forderungen wie die nach der Verschärfung des Asylrechts des ehemaligen Innenminister Friedrich oder Sätze wie „Wer betrügt, der fliegt“ sind Wasser auf den Mühlen der RechtspopulistInnen. Wir fordern die SPD auf, sich von diesen Äußerungen der CSU zu distanzieren und sich deutlich von den Koalitionspartnern abzugrenzen, wenn dies notwendig ist. Parteien, die bewusst durch rechtspopulistische Parolen auf Stimmenfang gehen, sollten nicht als mögliche Koalitionspartner in Betracht gezogen werden.

Für ein menschenwürdiges Asylrecht und eine offene Gesellschaft

Wir als SozialdemokratInnen dürfen nicht von der Forderung nach einer menschenwürdigen Asylpolitik abrücken. Jeder Mensch hat das Recht auf ein besseres, ein menschenwürdiges Leben. Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen und aus Not zu uns kommen, müssen hier mit offenen Armen empfangen werden. Eine Verschärfung des Asylrechts lehnen wir vehement ab!

Das Recht auf Asyl ist für uns ein Ausdruck internationaler Solidarität, die Freizügigkeit aller Menschen ein Menschenrecht. Wir dürfen nicht den Fehler begehen, EinwanderInnen nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen zu beurteilen. Eine offene Gesellschaft ist für uns ein Ziel und ein Wert an sich, der nicht kapitalistischer Verwertungslogik unterzogen werden darf. Eine – auch in Teilen unserer Partei zu beobachtende – Unterscheidung in „nützliche“ und „unnütze“ MigrantInnen lehnen wir entschieden ab!

Abstiegsängste entstehen aus sozialer Ungleichheit – Umverteilung jetzt!

Sozialdemokratisch denken heißt auch, Probleme an ihrer Wurzel zu packen und zu beheben. Dass so viele Menschen sich in den Bann von PEGIDA ziehen lassen und an vermeintlich einfache Lösungen für ihre Probleme glauben, kann aus unserer Sicht nicht an der (in geringem Maße) steigenden Zuwanderung nach Deutschland liegen. Vielmehr muss der Fokus auf der in den letzten Jahrzehnten zunehmenden sozialen Ungleichheit in unserer Gesellschaft liegen. Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich und besonders die durch den massiven Abbau der Sozialsysteme konkret gewordene Abstiegsangst weiter Teile der Gesellschaft spielt PEGIDA und anderen RechtspopulistInnen in die Hände. Es ist die persönliche Angst abgehängt zu werden und den eigenen gesellschaftlichen Status zu verlieren, die sich vielfach auf „das Fremde“ projizieren lässt. Gerade jetzt müssen wir als SPD deshalb zu unseren Forderungen nach Steuergerechtigkeit und Umverteilung stehen. Gerade jetzt müssen wir den Kahlschlag der Sozialsysteme rückgängig machen. Gerade jetzt müssen wir deutlich machen: Wir wollen eine gerechte Gesellschaft mit Perspektiven für alle Menschen!

Wir SozialdemokratInnen stehen für eine pluralistische, offene und gerechte Gesellschaft, die allen Menschen ein gutes Leben bietet – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem religiösen Hintergrund.

Antragsteller: Jusos Würzburg-Stadt

AdressatInnen: Bezirkskonferenz Jusos Unterfranken, Landeskonferenz Jusos Bayern, SPD Unterbezirk Würzburg-Stadt, SPD Bezirksparteitag Unterfranken, SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag Deutschland

Für ein Umdenken in der Ernährungspolitik

Nachhaltigkeit, auch im Bereich Ernährung, spielt für eine gerechte Gesellschaft eine große Rolle. Wir wollen eine Gesellschaft, die nachhaltig und bewusst mit Lebensmitteln umgeht. Wir stellen hierzu folgende Forderungen, um eine faire und gerechte Verteilung von Lebensmitteln weltweit zu erwirken, um einerseits den Überfluss an Lebensmitteln einzudämmen und andererseits den Mangel an Lebensmitteln in den Ländern des globalen Südens zu lindern.

Agrarsubventionen einschränken

Agrarsubventionen sollen soweit zurückzufahren werden, dass einerseits eine nötige Unterstützung von Landwirten und Landwirtinnen stattfindet, um unseren Nahrungsmittelbedarf abzudecken, aber andererseits keine Abschottung gegenüber Agrarprodukten aus Ländern des globalen Südens stattfindet. Verboten werden soll die Subvention auf Lebensmittelexporte in diese Länder. Die Vergabe von Agrarsubventionen soll dabei an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein, um eine sozial gerechte, regionale, ökologisch verträgliche und tiergerechte Landwirtschaft zu fördern.

Agrarkraftstoffanbau kontrollieren

Agrarkraftstoffe sollen nur auf Flächen angebaut werden, auf denen keine Nahrungsmittel oder bedrohte Pflanzenarten wachsen. Nur wenn er dort eingesetzt wird, wo die nachwachsenden Rohstoffe wachsen und die Energieausbeute der Pflanzen hoch ist, ist der Anbau von Agrarkraftstoffen sinnvoll. So könnte man dezentrale und regionale Agrarkraftstoffnetzwerke schaffen, die vor Ort für den Treibstoffhaushalt sorgen. KleinbauerInnen und Genossenschaften könnten so gefördert werden. Agrarkraftstoff-Varianten, die bei der Erzeugung mehr Energie brauchen, als sie bei der Verbrennung bereitstellen, müssen verhindert werden.

Fair Trade fördern und kritisch begleiten

Bei Fair-Trade steht eine nachhaltige Entwicklung im Zentrum der Handelsstrukturen und-Praktiken. Jeder und jede soll durch seine Arbeit einen menschenwürdigen Lebensstandard erreichen und sein Entwicklungspotential entfalten können.

Die Kleinbauern und Bäuerinnen schließen sich in der Regel in Genossenschaften zusammen, in denen sie an allen wichtigen Entscheidungen direkt und demokratisch beteiligt sind. Neben der Vermarktung der Produkte setzen sie sich unter anderem für soziale Sicherung, Weiterbildung und dem Schutz von natürlichen Ressourcen ein.

Gleichzeitig muss klar sein, dass sich auch in den Ländern des globalen Nordens nicht alle Menschen den Kauf von Fair-Trade-Produkten leisten können. Fair Trade alleine kann die Probleme des globalen Kapitalismus nicht lösen.

Für eine nachhaltige und artgerechte Tierhaltung

Skandale um Massentierhaltungsanlagen reißen nicht ab und verunsichern die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wegen der unhygienischen Zustände in den Mastanlagen greifen immer mehr Produzenten zu Antibiotika. Die Folge ist, dass antibiotikaresistente Keime entstehen und auf den Menschen übergreifen können. Deshalb muss der Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung eingeschränkt werden.

Des Weiteren fordern wir ein Umsteuern bei der Tierhaltung. Wir brauchen eine Abkehr von der industriellen Tierproduktion hin zu einer Landwirtschaft, die eine artgerechte Tierhaltung unterstützt. Tiere müssen als lebende und leidende Lebewesen wahrgenommen und auch so behandelt werden.

Gegen Grüne Gentechnik

Wir glauben nicht dass die Grüne Gentechnik den Welthunger besiegen wird. Das Gentechnik-Prinzip beruht auf einer Monopolisierung der Nahrungsmittelproduktion, die den Zugang vieler Menschen zu Lebensmitteln verhindern wird und nicht erleichtert. Dass in Ländern des globalen Südens durch Monokulturen immer mehr KleinbauerInnen ihrer Existenz beraubt werden, ist auch eine Folge der Grünen Gentechnik. Dies lehnen wir strikt ab. Auch der Bedrohung der Vermischung von konventionellen und gentechnisch manipulierten Pflanzen und deren Pollen ist gefährlich. Vor allem da die langfristigen Wirkungen auf die Umwelt oder der Einfluss auf Mensch und Tier nicht erforscht sind. Wir brauchen eine nachhaltige und naturnahe Landwirtschaft, um einen freien und gerechten Zugang aller Menschen zu Lebensmitteln zu ermöglichen.

Ernährungsbewusstsein stärken

Für eine aufgeklärte Gesellschaft, ist es wichtig, nachhaltig und bewusst mit Nahrungsmitteln umzugehen. Viele Menschen wissen nicht um die Auswirkungen ihrer Ernährungsgewohnheiten. Deswegen ist es wichtig dass die Menschen über die Auswirkungen des Konsumverhaltens unserer Gesellschaft aufgeklärt werden. Schon in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen bei Kindern muss eine Aufklärung diesbezüglich stattfinden, aber auch in den Medien und in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig können Menschen sich nur dann nachhaltig und bewusst ernähren, wenn ihnen die finanziellen Möglichkeiten dafür zur Verfügung stehen. Eine Umverteilung innerhalb unserer Gesellschaft ist deshalb Grundvoraussetzung.

VerbraucherInnenschutz

Aufklärung über die Herkunft von Lebensmitteln ist eine wichtige Aufgabe für den VerbraucherInnenschutz. Um den Menschen Transparenz in der Ernährung zu bieten, ist eine Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln ein gutes Mittel. Beispielsweise für Lebensmittel die mittels Grüner Gentechnik produziert wurden, sei es das Produkt selbst oder Produkten, welche von

Tieren stammen die mit genmanipulierten Futter ernährt wurden. Aber auch Mindestanforderungen für Lebensmittel an Qualität, Anbau und Tierhaltung müssen definiert und kontrollieren werden.

Vergesellschaftung der Forschung

Patentrechte auf Lebensmittel, Pflanzen und Tiere können die öffentliche Forschung untergraben. Multinationale Unternehmen können, Dank der Patente, Ihre Produkte zu monopolähnlichen Bedingungen auf den Markt bringen. Wir wollen eine europaweite Vergesellschaftung der Nahrungsmittelforschung, die das Ziel hat, unabhängige und dem Menschen zu Gute kommende Forschungsprojekte zu verfolgen. Beispielsweise die Intensivierung der Forschung im Bereich des nachhaltigen Anbaus.

AntragsstellerInnen: Jusos Schweinfurt/Kitzingen

AdressatInnen: Juso Bezirkskonferenz

Mehr Transparenz des Vorstandes

Forderung:

Wir fordern, dass der Bezirkskonferenz vor den Wahlen eine Liste vorgelegt wird, auf der die Anwesenheit der Bezirksvorstandsmitglieder bei den Sitzungen einzusehen ist.

Begründung:

Durch die Aktivität, mit der sich jedes Mitglied des Bezirksvorstandes in den Vorstand mit einbringt, wird das Interesse deutlich. Da die Bezirkskonferenz den neuen Vorstand wählt und keinen Einblick in die Arbeit der einzelnen Vorstandsmitglieder hat, ist es nötig die Bezirkskonferenz auf eine möglichst objektive Weise zu informieren. Dies kann nur geschehen, indem man die Teilnahme an Bezirksvorstandssitzungen veröffentlicht.

AntragsstellerInnen: Jusos Schweinfurt/Kitzingen

AdressatInnen: Juso Bezirkskonferenz

Ehrenmitgliedschaft für Stephan Rolli

Forderung:

Wir fordern die Ehrenmitgliedschaft für den ehem. langjährigen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Stephan Rolli.

Begründung:

Durch seine langjährige Arbeit im Juso Bezirksvorstand, sowie auf Landesebene, hat sich der Genosse Rolli sehr verdient gemacht. Solch eine lange und gute Arbeit kann am besten durch eine Ehrenmitgliedschaft der jusos Unterfranken ausgezeichnet werden.

AntragstellerInnen: Jusos MSP/MIL

AdressatInnen: Juso Bezirkskonferenz Unterfranken, Juso Landeskonferenz Bayern, Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Landesparteitag Bayern, Juso-Bundeskongress

Aktuelle Auflistung und Verringerung/Zusammenführung der SPD-Merchandiseshops sowie Einführung von mehr Jusomaterial für den ländlichen Raum

Wir fordern ein Auflistung der aktuellen (offiziellen) Merchandiseshops der SPD und deren Ak's auf Landes- und Bundesebene. Diese Auflistung muss für jedes Parteimitglied einsehbar sein. Darüber hinaus fordern wir eine Vereinfachung dieser Strukturen, z.B. durch die Zusammenführung von Shops.

Wir fordern auch mehr Jusomaterial für den ländlichen Raum (evtl. muss hierfür eine temporäre AG gegründet werden), da sich die meisten Flyer und anderen Merchandiseartikel der Jusos auf den städtischen Raum beziehen und somit durch unzureichendes Material die ohnehin schon schwere im ländlichen Raum noch weiter erschwert wird.

AntragstellerInnen: Jusos Würzburg-Stadt

AdressatInnen: Juso Bezirkskonferenz Unterfranken, Juso Landeskonferenz Bayern, Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Unterbezirk Wü-Stadt, SPD Bezirksparteitag Unterfranken SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag Deutschland

BürgerInnenversicherung – für ein gerechtes, solidarisches Krankenversicherungssystem

Seit eh und je nimmt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Werte der Französischen Revolution „Freiheit“ „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“ zum Vorbild, heute wird statt „Gleichheit“ „Gerechtigkeit“ und statt „Brüderlichkeit“ „Solidarität“ gefordert. Diese Werte teilen die JungsozialistInnen mit der Partei. Das Krankenkassensystem, das zur Zeit in Deutschland herrscht, widerspricht den Werten „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“, daher fordern wir Jusos seit Jahren eine BürgerInnenversicherung, die diesen Prinzipien entspricht.

Krankenkassenbeiträge

Zwei grundlegende Arten der Kranken und Pflegeversicherung bestehen in Deutschland nebeneinander: die gesetzliche und die private. JedeR BürgerIn in Deutschland hat krankenversichert zu sein, die meisten Personen sind gesetzlich krankenversichert. Diese zahlen einen prozentualen Beitrag ihres Bruttogehaltes in das System der gesetzlichen Krankenversicherungen ein, außerdem müssen gesetzlich Krankenversicherte bei Behandlungen oft Zusatzbeiträge als sogenannte „Eigenbeteiligungen“ bezahlen.

Selbstständige, Freiberufliche, abhängig Beschäftigte und Beamte überschreiten häufig ein gewisses Einkommen und haben die Möglichkeit, sich privat zu versichern und zahlen damit nicht mehr in das gesetzliche Krankenkassensystem ein. Bei diesen Krankenkassen richten sich die zu zahlenden Beiträge hingegen nach dem von der Versicherung berechneten Risiko, dass der oder die BürgerIn statistisch mit sich bringt und nach den Leistungen, die von der Versicherung übernommen werden.

Dadurch entsteht ein Zweiklassensystem, nach dem die PatientInnen behandelt werden. Die Menschen, die sich privat versichern, entziehen sich der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen, die Beiträge, die sie einzahlen, unterstützen den einkommensschwachen Teil der Bevölkerung nicht; dieses ist mit unserer Forderung nach Solidarität nicht vereinbar. Diese Entsolidarisierung besser Verdienender führt zudem zu höheren Krankenversicherungsbeiträgen für alle anderen.

Doch selbst wenn die besonders einkommensstarken BürgerInnen nicht zur privaten Krankenkasse wechseln, besteht eine Ungerechtigkeit: JedeR gesetzlich krankenversicherte BürgerIn zahlt nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze Krankenversicherungsabgaben, für jeden Euro, den er/sie darüber hinaus verdient, wird nichts in die Krankenversicherung einbezahlt. Diese Ungerechtigkeit fördert das Wachstum der Schere zwischen arm und reich, dem wir entgegen wirken wollen. Deswegen muss die Beitragsbemessungsgrenze drastisch erhöht werden.

Unterschiede der privaten und der gesetzlichen Krankenkasse

Private und gesetzliche Krankenkassen unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht, so können sich PrivatpatientInnen beispielsweise aussuchen, ob und welche ÄrztInnen etc. sie aufsuchen, während die Rechnungen von KassenpatientInnen nur von den Krankenkassen übernommen werden, wenn ein Vertrag zwischen der Ärztin, bzw. dem Arzt und der Krankenkasse besteht.

Des Weiteren haben gesetzlich Krankenversicherte, wenn sie sich in einem Krankenhaus behandeln lassen, zuvor sicherzustellen, dass dieses Krankenhaus zu jenen zählt, mit denen die Versicherung einen Vertrag abgeschlossen hat, wenn die Betroffenen die Kosten nicht im Zweifel selbst zahlen möchten; während PrivatpatientInnen z. B. mit ihren ÄrztInnen gemeinsam beraten können, welches Krankenhaus für ihn oder sie am besten geeignet ist.

Ein weiterer Unterschied ist, dass viele private Versicherungen deutlich mehr Vorsorgeuntersuchungen übernehmen. Bei vielen Krankheiten kommt es bei den Möglichkeiten der Behandlung, bei einigen auch bei der Frage, ob der/die PatientIn die Krankheit überleben wird insbesondere auf darauf an, in welchem Stadium der Krankheit diese festgestellt wird; im Zweifel kann es also daran liegen, wie man versichert ist, ob man eine Krankheit überlebt oder nicht.

Welche Untersuchungen, Medikamente, etc. von den PatientInnen selbst bezahlt werden und welche von der Krankenkasse übernommen werden, unterscheidet sich erheblich: Während dies bei gesetzlichen Krankenkassen festgelegt ist, richtet sich der Umfang der Leistungen bei privaten Krankenkassen nach dem Beitrag, den der oder die Versicherte zahlt. Dadurch, dass bestimmte Medikamente und Untersuchungen von einigen Krankenkassen übernommen werden und andere nicht, unterscheidet sich, wie einzelne PatientInnen bei identischen Krankheitsbildern behandelt werden. Dies geht zu Lasten der Gesundheit jeder und jedes Einzelnen, kann lebensbedrohlich sein und ist nicht hinnehmbar!

Forderung

Daher fordern wir Jusos weiterhin ein gerechtes und solidarisches System der Krankenversicherungen, in dem alle BürgerInnen entsprechend ihres Krankheitsbildes und nicht nach Art ihrer Versicherung behandelt werden und allen die Möglichkeit gegeben wird, zu Vorsorgeuntersuchungen zu gehen, um jeder und jedem im Krankheitsfall eine gute Behandlung zu ermöglichen. JedeR BürgerIn hat in dieses System abhängig von Einkommen jeder Art einzuzahlen, eine Beitragsbemessungsgrenze, nach der Höchstbeiträge festgelegt sind, gibt es darin nicht. An unserer Forderung nach einer paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge halten wir fest.

AntragstellerInnen: Jusos Würzburg-Stadt

AdressatInnen: Juso Bezirkskonferenz Unterfranken, Juso Landeskonferenz Bayern, Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Unterbezirk Wü-Stadt, SPD Bezirksparteitag Unterfranken SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag Deutschland

Für eine progressive Familien- und Gesellschaftspolitik

Die Sozialdemokratie steht wie keine andere politische Bewegung für die Gleichstellung unterschiedlicher Lebensentwürfe und das Selbstbestimmungsrecht eines_jeder einzelnen. Dazu gehört für uns eine moderne Familienpolitik, die beide Elternteile gleichermaßen in die Verantwortung nimmt sowie eine moderne Arbeitsmarktpolitik, die allen Menschen ausreichend Zeit außerhalb ihres Arbeitsplatzes lässt.

Verpflichtung zur hälftigen Teilung der Elternzeit – Abschaffung der Herdprämie

Das Betreuungsgeld muss sofort abgeschafft werden. Ein Anreiz für das Fernhalten von Kindern von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen kann und darf niemals das Ziel sozialdemokratischer Familienpolitik sein!

Familienarbeitszeit

Wir unterstützen die Absicht von Manuela Schwesig ein Arbeitsmodell für Familien einzuführen. Beide Elternteile müssen die Möglichkeit haben, ihre Arbeitszeit für einige Zeit zu reduzieren und sich so die Familien- und Hausarbeit zu teilen.

Eine Familienarbeitszeit von jeweils 30 Stunden wäre ein guter Schritt in Richtung einer generellen Arbeitszeitverkürzung und würde beiden Elternteilen eine Verwirklichung im Beruf und ausreichend Teilhabe am Familienleben ermöglichen. Wir fordern deshalb, dass es Eltern ermöglicht wird ihre Arbeit auf 30 Stunden zu reduzieren. Familienarbeit ist eine gesellschaftliche Arbeit. Der Verdienstaufschlag ist daher aus Steuergeldern zu finanzieren. Auf diese Familienarbeitszeit müssen alle Arbeitnehmer_innen einen Rechtsanspruch haben, ebenso wie auf die Rückkehr zur Vollzeit.

Generelle Arbeitszeitverkürzung – Wir fordern die 30-Stunden-Woche!

Es ist wichtig, dass Menschen Arbeit haben um finanziell unabhängig zu sein. Trotzdem dürfen die Möglichkeit der ständigen Erreichbarkeit und die flexiblere Einteilung der Arbeit nicht dazu führen, dass alle immer mehr arbeiten. Wir fordern deshalb gemeinsam mit den Gewerkschaften langfristig eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden – damit noch Zeit für Familie, ehrenamtliches Engagement und Freizeit bleibt.

Bildung von Anfang an

Kindertagesstätten und Kindergärten sind mehr als reine Kinderbetreuung – sie sind Bildungseinrichtungen. Um echte Chancengleichheit zu gewährleisten muss es allen Kindern ermöglicht werden, an diesem Bildungsangebot teilzuhaben. Bildungseinrichtungen müssen deshalb vom ersten Tag an kostenlos sein und durch Steuergelder und damit durch die Gemeinschaft finanziert werden. Ein an bestimmte Bedingungen wie Kirchenzugehörigkeit gebundenes Angebot, darf öffentliche Angebote lediglich ergänzen, nicht ersetzen. Bund und Länder müssen den

Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen um dies zu gewährleisten. Für Kinder ab 3 Jahren soll der Besuch eines Kindergartens verpflichtend sein.

Aber auch für Kinder im Alter von ein und zwei Jahren darf es nicht nur einen Rechtsanspruch geben, auf den im Falle einer Klage Jahre später eine Entschädigungsleistung gezahlt wird. Dies hilft den Betroffenen in ihrer konkreten Lebenssituation nicht und erfüllt auch nicht den mit der Einführung des Rechtsanspruchs intendierten gesellschaftlichen Zweck. Es muss vor allem sichergestellt werden, dass dieser Rechtsanspruch für jedes Kind umgesetzt werden kann und jedes Kind auch faktisch einen Krippen- bzw. Kita-Platz erhält.

Daneben muss auch die Betreuung von Kindern unter einem Jahr ermöglicht werden. Die Bereitstellung entsprechender Betreuungsangebote, die auch der frühkindlichen Bildung zu dienen haben, darf dabei nicht privaten und kirchlichen Anbietern allein überlassen werden. Hierfür bedarf es eines massiven Ausbaus staatlicher Angebote. Krippen müssen ausgebaut und mehr ErzieherInnen ausgebildet werden. Der ErzieherInnenberuf an sich muss deutlich attraktiver gestaltet werden, damit mehr Menschen sich dazu entschließen, eine ErzieherInnenausbildung zu durchlaufen und dadurch zu ermöglichen, dass mehr ErzieherInnen eigestellt werden können, um so allen Kindern eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung bei angemessenen Gruppengrößen zu ermöglichen.

Echte Ganztagesangebote mit der notwendigen Ausstattung

Kinderbetreuungseinrichtungen müssen ganztägige und ganzjährige Betreuung ermöglichen. Die rhythmisierte Ganztageschule muss die Regel werden. Es geht nicht darum, Kinder im Anschluss an den Unterricht zu betreuen, sondern ein pädagogisches Konzept mit einem Wechsel von Lern- und Freizeitphasen umzusetzen.

Von öffentlicher Seite sind entsprechend notwendige finanzielle und personelle Ressourcen dafür bereitzustellen.

Familiensplitting statt Ehegattensplitting

Das Ehegattensplitting ist vollkommen veraltet und fördert eine bestimmte Form des Zusammenlebens, ohne dass die Gesellschaft von dieser Form stärker profitiert als von anderen. Gefördert werden müssen Familien – und Familie ist da, wo Kinder sind. Wir wollen deswegen die Abschaffung des Ehegattensplittings und fordern stattdessen ein Familiensplitting, das allen zusteht, die mit Kindern zusammenleben und für diese sorgen.

Gleichstellung von „Regenbogenfamilien“ und Öffnung der Ehe

Die Orientierung der Familienpolitik an Kindern bedeutet auch, dass homosexuellen Paaren endlich das gleiche Adoptionsrecht zusteht, wie heterosexuellen Paaren. Es geht um die Interessen und das Wohl der Kinder und nicht um das Festhalten an konservativen und starren Familienbildern. Gleichzeitig muss die Ehe endlich für homosexuelle Paare geöffnet werden.

Langfristig Bedarfsgemeinschaft abschaffen

Wir wollen emanzipierte Mitglieder der Gesellschaft, die für sich selber sorgen können und von ihrer_ihrem Partner_in unabhängig sind. Die Orientierung an Bedarfsgemeinschaften und damit an einem Haushaltsvorstand in der Sozialpolitik verhindert aber dies gerade. Es ist zudem

unverständlich weshalb unverheiratet zusammen lebenden Partnern die steuerliche Privilegierung einer Ehe vorenthalten wird, sie aber im Falle sozialer Härten finanziell einer Ehe gleichgestellt sind. Deshalb wollen wir auf lange Sicht die Bedarfsgemeinschaft als grundsätzliche Regel abschaffen.

AntragsstellerInnen: Jusos Schweinfurt/Kitzingen

AddressatInnen: Juso Bezirkskonferenz Unterfranken, Juso Landeskonferenz Bayern, SPD Unterbezirksparteitag Unterfranken, SPD Landesparteitag Bayern, SPD Landtagsfraktion Bayern

Freie Fahrt für junge Menschen

Forderung:

Wir fordern, dass jede/r Schüler/in, Auszubildende/r, Student/in und Freiwilligendienst Ableistende/r ein kostenfreies Ticket für die Benutzung aller öffentlichen Nahverkehrsmittel in seinem/ihrem Bundesland erhält.

Begründung:

Durch die aktuelle Situation ist es vielen jungen Menschen nicht möglich sich frei in ihrer Umgebung zu bewegen. Die Freiheit hängt -wie viel zu oft- vom Geldbeutel der Eltern ab. Um es jedem zu ermöglichen, seine Heimat zu erkunden, fordern wir dieses kostenfreie Ticket.

Die Schönheit der bayrischen Landschaft muss an die jugendlichen herangetragen werden und darf nicht durch hohe Kosten behindert werden.

Auch haben es junge Menschen so leichter soziale Kontakte über eine gewisse Entfernung zu erhalten.

AntragstellerInnen: Jusos MSP/MIL

AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz Bayern, Juso-Bundeskongress , SPD-Landesparteitag Bayern, SPD-Bundesparteitag

Schnellere Lebensrettung durch Rettungsgasse!

„Stockt der Verkehr auf Autobahnen und Außerortsstraßen mit mindestens zwei Fahrstreifen für eine Richtung, müssen Fahrzeuge für die Durchfahrt von Polizei- und Hilfsfahrzeugen in der Mitte der Richtungsfahrbahn, bei Fahrbahnen mit drei Fahrstreifen für eine Richtung zwischen dem linken und dem mittleren Fahrstreifen, eine freie Gasse bilden.“ § 11 Abs. 2 StVO 2013

Dies lässt sich der StVO entnehmen und ist hier schon 1982 eingeführt worden. Doch ist die aktuelle Realität auf deutschen Autobahnen eine ganz andere, selbst Berufskraftfahrer halten dies nicht ein.

Die nicht Einhaltung ist zwar nach § 49 Abs. 1 Nr. 11 StVO eine Ordnungswidrigkeit die 20 Euro kostet doch interessiert dies kaum eine Person und die Rettungskräfte haben meist dringlicheres zutun als diese Ordnungswidrigkeit zu verfolgen.

Aus diesem Grunde sollten wir uns hier Österreich als Beispiel nehmen, welche 2012 die Rettungsgasse verpflichtend einführten, das Nichteinhalten mit über 2.000 Euro bestraft und eine große Werbekampagne durchführten.

Auch in Deutschland sind schon Organisationen (Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft Landesgruppe Hessen und die Feuerwehr Wiesbaden) engagiert und informieren über die richtige Einhaltung der Rettungsgasse, diese sollten unterstützt werden und das Durchführen einer öffentlichen Kampagne der Bundesregierung sollte auch bei uns stattfinden.

Auf der Autobahn, an häufigen Stau- und Unfallstrecken sollten Schilder angebracht werden die auf die Rettungsgasse hinweisen.

So könnte Unfallopfern schneller Hilfe zuteilwerden und das ein oder andere Leben gerettet werden.

AntragstellerInnen: Würzburg-Land

AdressatInnen: Juso Bezirkskonferenz Unterfranken, Juso Landeskonferenz Bayern, Juso Bundeskongress Deutschland, SPD Bezirksparteitag Unterfranken, SPD Landesparteitag Bayern, SPD Bundesparteitag Deutschland

Strengere und klarere Regeln für die Mietpreisbremse

Vor einigen Tagen wurde im Bundestag das Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des BestellerInnenprinzips bei der Wohnvermittlung verabschiedet. Laut Gesetz darf nun in angespannten Wohnungsmärkten die Miete maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Miete liegen. Jedoch weist das Gesetz noch einige Lücken und Schlupflöcher auf. Diese gilt es nun zu stopfen, um MieterInnen ein gerechtes Mietverhältnis zu ermöglichen.

Ermittlung des Mietspiegels

Der Anstieg der Mieten ist an den Mietspiegel der örtlichen Mieten gekoppelt. Das heißt, wenn die Mieten steigen, steigt auch der Wert des Mietspiegels. Würde man den Mietspiegel jedes Jahr neu ermitteln, so würden die steigenden Mieten für einen höheren Durchschnittswert sorgen, der es VermieterInnen wiederum ermöglicht, diesen als erneute Basis für Mieterhöhungen zu verwenden. Um diesen „Multiplikatoreffekt“ zu dämpfen, fordern wir eine Regelung, die festlegt, dass der Mietspiegel nur alle fünf Jahre neu ermittelt wird.

Wir fordern, dass in angespannten Wohnungsmärkten die Kosten von Sanierungen nur bis zu 5% auf die jährliche Miete aufgeschlagen werden dürfen.

Vormiete darf nicht als Basis gelten

Nach der Beschlusslage des Bundestages darf eine Miete bis zur Höhe der vorherigen Miete vereinbart werden. Das heißt, wenn eine Vormiete, die deutlich höher als die nach der Mietpreisbremse zulässige Miete ist, kann sie dennoch als zulässige Miete angesetzt werden. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend und bietet zu viele Schlupflöcher für VermieterInnen. Damit möglichst viele Menschen von der Mietpreisbremse profitieren, fordern wir, dass die Mietpreisbremse auch greift, wenn die Vormiete höher als die zulässige Miete ist.

Beispiel: Luxussanierungen bieten sich als Schlupfloch an

Laut Gesetz darf der/die VermieterIn bei umfassenden Sanierungen 11% der Kosten an den/die MieterIn in Form einer Mieterhöhung weitergeben und dieses Mietniveau halten. Die Voraussetzung hierbei ist ein MieterInnenwechsel. Dadurch greift die Mietpreisbremse nicht und VermieterInnen können sich durch gezielte Investitionen der Mietpreisbremse entziehen. Folgendes Zahlenbeispiel soll das verdeutlichen.

Ein InvestorIn kauft für 279 000€ eine Vierzimmerwohnung und vermietet diese. Wir gehen davon aus, dass der örtliche Mietspiegel eine monatliche Miete von 690 € zulässt. Die Miete der unsanierten Wohnung könnte, wenn die Mietpreisbremse greift, in 15 Jahren von 690 € auf ca. 853€ steigen. Die Mietrendite läge dann bei ca. 2,57%, durch den Verkauf der Wohnung für ca. 330.000€ könnte der/die InvestorIn jedoch auf eine Rendite von ca. 2,89% kommen. Durch eine umfassende

Sanierung könnte der/die InvestorIn die Rendite steigern, da er/sie dadurch eine höhere Miete verlangen kann. Somit kann der/die VermieterIn bei Sanierungskosten von beispielsweise 95 000€ die Miete bei einem MieterInnenwechsel frei verhandeln. Nehmen wir an, der/die VermieterIn entscheidet sich, ca. 8% der Sanierungskosten auf die Miete aufzuschlagen. Die Miete läge dann bei ca. 1330 € und dieses Niveau darf dann auch gehalten werden. Zulässige Mieterhöhungen würden die Miete nach 15 Jahren auf ca. 1600€ monatlich schießen lassen. Die Mietrendite läge nach 15 Jahren bei ca. 3% und bei anschließendem Verkauf der sanierten Wohnung für beispielsweise 520.000€ könnte der/die InvestorIn seine Rendite auf ca. 4,4% erhöhen.

Dieses Zahlenbeispiel beweist, dass Luxussanierungen für Investoren rentabel geworden sind und dadurch Mieten ungedämpft in die Höhe steigen. Daraus resultiert, dass MieterInnen mit hohen Mieten belastet werden oder die Wohnungssuche, vor allem für Studierende, erschwert wird. Außerdem kann es dazu führen, dass VermieterInnen versuchen, AltmieteterInnen aus ihren Wohnungen zu drängen, um umfassende Sanierungen durchführen zu können. Das kann mittels Handgeldern oder schlechter Instandhaltung von den jeweiligen Wohnungen erfolgen.